

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses

am Mittwoch, dem 24.08.2022

Stadt Neumünster
Neues Rathaus
Ratssaal
Großflecken 59
24534 Neumünster

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Sami Inci

Ratsfrau / Ratsherr

Frau Esther Hartmann
Herr Dirk-Justus Hentschel
Herr Klaus-Dieter Iwers
Herr Fatih Mutlu
Frau Babett Schwede-Oldehus
Herr Dr. Johann Oltmann Schröder

Bürgerschaftsmitglieder

Herr Philipp Beutler
Frau Harmke Janssen
Frau Marianne Lingelbach

Außerdem anwesend

AWO Interkulturell
AWO Interkulturell
KAG der freien Wohlfahrtsverbände
Stadtteilbeiratsvorsitzender Faldera
Geschäftsbereichsltg. Familie, Diakonie
Altholstein
Vertreter med. Praxisnetz NMS (MPN)
Forum der Vielfalt
1 ZuhörerIn
1 Pressevertreter

Herr Nihal Assadov
Frau Hatice Erdem
Herr Heinrich Deicke
Herr Werner Didwischus
Frau Andrea Dobin

Herr Dr. Johannes Kandzora
Frau Natali Schnar

Von der Verwaltung

Erster Stadtrat
Stadtrat
FDL'in 53
FD 03, Sozialplaner
FD 03, Präventionsmanager Armut
FD 03, Koordination Integration
FD 03, Geschäftsführerin SGA

Herr Carsten Hillgruber
Herr Michael Knapp
Frau Dr. Alexandra Barth
Herr Arne Bollen
Herr Felix Brümmer
Frau Eilean Layden
Frau Gudrun Folchert

Abwesend:

Ratsfrau / Ratsherr

Herr Hasan Horata

Beratende Mitglieder

Frau Melanie Kalz

Herr Holger Karl-Schostag

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3.	Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 24.08.2022
4.	Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 01.06.2022
5.	Einwohnerfragestunde
6.	Anträge und Anfragen
7.	Sachstandsbericht Corona
8.	Praxis ohne Grenzen - Sachstandsbericht
9.	Jahresbericht 2021 des Jugendberufsagentur Neumünster Vorlage: 0506/2018/MV
10.	Digitales Gesundheitsamt / Schaffung einer befristeten Planstelle für eine Verbindungsperson als Schnittstelle zwischen den Fachdiensten Gesundheit und EDV-Dienste Vorlage: 1124/2018/DS
11.	Umsetzung der Handlungskonzepte Armut (Maßnahme P 17) und EU-Zuwanderung; hier: Fortsetzung der rumänischen Sprachmittlung zur Unterstützung der städtischen Schulsozialarbeit Vorlage: 1133/2018/DS
12.	Fortsetzung der Sozialen Betreuung für Neuzugewanderte mit Integrationsbedarf (EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie Geflüchtete) Vorlage: 1134/2018/DS
13.	Beiratsumbesetzung: Nachbesetzung Beirat für Menschen mit Behinderung Vorlage: 1137/2018/DS
14.	Mitteilungen

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandelnde Tagesordnungspunkte sind nicht vorhanden.

3 .	Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 24.08.2022
-----	---

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 24.08.2022 wird einstimmig angenommen.

4 .	Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 01.06.2022
-----	---

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 01.06.2022 wird einstimmig genehmigt.

5 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern sind nicht vorhanden.

6 .	Anträge und Anfragen
-----	----------------------

Anträge und Anfragen liegen nicht vor.

7 .	Sachstandsbericht Corona
-----	--------------------------

Der Vorsitzende gibt Frau Dr. Barth Gelegenheit für ihren Bericht, und Frau Dr. Barth berichtet, dass es zzt. nichts wesentlich Neues gebe, auch die Lage im FEK und auf der Intensivstation relativ entspannt sei und abgewartet werden müsse, mit welcher Virusvariante man im Herbst konfrontiert sein werde. Sie hoffe auf eine Abmilderung, und Eigenverantwortung bliebe Thema.

8 .	Praxis ohne Grenzen - Sachstandsbericht
-----	---

Der Ausschussvorsitzende gibt Frau Dobin und Herrn Dr. Kandzora Gelegenheit, über die Praxis ohne Grenzen zu berichten.

Die Praxis ohne Grenzen sei seit knapp einem Jahr in Betrieb und werde zu 80 % vom Land gefördert. Durch die Stadt Neumünster erfolge eine Co-Finanzierung.

Sie sei für Menschen ohne Krankenversicherung gedacht, und die Arbeit verlaufe vertrauensvoll, anonym und niedrighschwellig.

Es seien Flyer in mehreren Sprachen entwickelt worden, und es gebe persönliche Ansprachen als auch einen Internetauftritt.

Das Besondere sei die Kombination mit einer Sozialberatung. Bei den Kontakten in der Praxis bestehe die Möglichkeit, Dolmetscherinnen und Dolmetscher hinzuzuziehen. Die Zahl der Menschen, die die Praxis aufsuchten, steige an.

Dr. Kandzora schildert beispielhaft zwei Fälle von gesundheitlich in Not geratenen Menschen, die zudem ihrer Papiere beraubt worden seien. Außer den Menschen in krankheitsbedingten Notsituationen zu helfen, sei deren Rückführung ins Krankenversicherungssystem Ziel.

Nach der Berichterstattung gibt es Gelegenheit für Fragen, und Dr. Kandzora führt u. a. aus, dass es Verbindungen zu allen ärztlichen Fachbereichen gebe und dass das Team der Praxis ehrenamtlich arbeite. Auch die Zusammenarbeit mit dem FEK laufe gut.

Zur Frage nach dem Klientel führt Herr Dr. Kandzora aus, dass es ein bunter Mix an Menschen sei, von selbstständigen Menschen aus Schleswig-Holstein bis zu Menschen mit Migrationshintergrund, deren Aufenthaltsgenehmigung abgelaufen sei.

Die Ausschussmitglieder bitten darum, den Flyer ans Protokoll zu hängen, was zugesagt wird.

Der Ausschussvorsitzende dankt für den Vortrag.

9 .	Jahresbericht 2021 des Jugendberufsagentur Neumünster Vorlage: 0506/2018/MV
-----	---

Der Vorsitzende gibt das Wort an Herrn Ersten Stadtrat Hillgruber weiter, der in die Vorlage einführt und über die Tätigkeit der Jugendberufsagentur in 2021 berichtet. U.a. weist er darauf hin, dass das Motto „Niemand soll verlorengehen“ erfolgreich umgesetzt worden sei.

Im Anschluss an die Berichterstattung gibt es Gelegenheit für Fragen.

So sei die Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen etwas besser als bei den Erwachsenen.

Beschluss:

Kenntnisnahme

10 .	Digitales Gesundheitsamt / Schaffung einer befristeten Planstelle für eine Verbindungsperson als Schnittstelle zwischen den Fachdiensten Gesundheit und EDV-Dienste Vorlage: 1124/2018/DS
------	---

Der Vorsitzende gibt das Wort ein Herrn Ersten Stadtrat Hillgruber weiter, der erläutert, dass Stellenbedarfe grundsätzlich zusammengetragen werden würden, im Falle einer Förderung und Refinanzierung ausnahmsweise schnell der Weg in die Politik gesucht werde zwecks Klärung, ob eine vorhandene Möglichkeit genutzt werden solle.

Die vorliegende Drucksache behandle eine Stelle im Bereich IT-Sicherheit und Digitalisierung betreffend den Fachdienst Gesundheit, gefördert durch den Bund für den Zeitraum Oktober 2022 bis September 2024.

Die digitale Kompetenz der Gesundheitsämter solle gestärkt werden, und die organisatorische Anbindung solle beim Fachdienst EDV-Dienste sein.

Im Anschluss besteht Gelegenheit für Fragen.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber weist auf das Ziel der Ausnutzung des Förderprogramms hin und stimmt zu, dass es im Bereich der IT zzt. schwierig sei, Personal zu finden. So gebe es aktuell unbesetzte Stellen im Fachdienst EDV-Dienste.

Die Erfolgsaussichten zur Schaffung der Voraussetzung für eine Fördermittelrealisierung seien lt. Frau Dr. Barth bestens.

Sollte die Personalfindung nicht gelingen, bestehe die Möglichkeit der Fördermittelnutzung zur Beauftragung einer externen Firma.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Der Schaffung einer für die Zeit vom 01.10.2022 bis zum 30.09.2024 befristeten Planstelle mit bis zu EGr. 12 für die Etablierung eines IT-Sicherheitsmanagements für den Fachdienst Gesundheit wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 2

Beschluss:

Beschlossen

Endgültig entscheidende Stelle:

Ratsversammlung

11 .	Umsetzung der Handlungskonzepte Armut (Maßnahme P 17) und EU-Zuwanderung; hier: Fortsetzung der rumänischen Sprachmittlung zur Unterstützung der städtischen Schulsozialarbeit Vorlage: 1133/2018/DS
------	--

Der Vorsitzende gibt Herrn Ersten Stadtrat Hillgruber Gelegenheit zur Erläuterung der Vorlage.

Insbesondere im Schulbereich sei Unterstützung bei der Verständigung notwendig, auch, weil es um Darlegung der Bedeutsamkeit von Schulbesuch sowie der Regeln als auch Organisation des Bildungssystems gehe. Die Verständigung zwischen den städtischen, den staatlichen Mitarbeitenden (im Bereich Schulsozialarbeit sowie Lehrkräfte) und betroffenen Eltern gelinge durch die Sprachmittlung.

Finanzmittel für die Integration werden bereitgestellt; es erfolge eine Re-Finanzierung durch das Land.

Im Abschluss besteht Gelegenheit für Fragen, die beantwortet werden.

Frau Layden bestätigt die hauptsächliche Aufgabe der Sprachmittlung; allgemeine Erklärungen in Elterngesprächen seien bei Bedarf damit verbunden.

Die Frage nach der Anzahl der schulpflichtigen rumänischen Kinder solle per Niederschrift nachgereicht werden:

„Wir haben 236 Kinder aus Rumänien im schulpflichtigen Alter (6-17 Jahre).“

Zu den Themen Schulabsentismus sowie Fluktuation bzw. dazu, ob Sprachmittlung hier Erfolg versprechend sei, findet ein Austausch statt.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber weist auf die volle Re-Finanzierung durch das Land als auch auf die Tatsache hin, dass es bei der Sprachmittlung nicht um Schulsozialarbeit, sondern um Sprachmittlung gehe, und dass die Kinder und ihre Familien nur mittels Sprache erreicht werden könnten. Rumänische Staatsangehörige hätten das Recht auf Wahl ihres Aufenthaltsortes.

Die Bedeutung der Sprache wird aus dem Kreis der Ausschussmitglieder anerkannt.

Diskutiert wird über das Schulsystem in Rumänien, das in der Regel weniger Mindest-Jahre als in Deutschland umfasse.

Auch die Frage nach der Integrationsbereitschaft wird erörtert.

Diskutiert wird weiterhin, ob die Aufgabe durch die Kommunen gelöst werden solle, oder aber auf Bundes- oder sogar Europaebene.

Frau Layden legt dar, dass es in diesem Personenkreis bisher noch keine gewachsene Community gebe und für die Betroffenen Fragen nach sicherem Wohnen und Arbeit vorrangig vor der Frage des Spracherwerbs seien. Berücksichtigt werden müsse auch, dass es unter ihnen Roma gebe, die z. T. schlechte Erfahrungen gemacht hätten. Auf jeden Fall sei Sprache Mittel zum Erfolg. Die Gründung eines Vereins wäre zur Unterstützung hilfreich.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Es wird zugestimmt, die Personal- und Sachkosten für den Einsatz einer rumänischen Sprachmittlung im Umfang einer Stelle von 39 Wochenstunden für die Zeit vom 01.01.2023 bis 31.12.2024 bei einem freien Träger zu finanzieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 5

Beschluss:

Beschlossen

Endgültig entscheidende Stelle:

Ratsversammlung

12 .	Fortsetzung der Sozialen Betreuung für Neuzugewanderte mit Integrationsbedarf (EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie Geflüchtete) Vorlage: 1134/2018/DS
------	--

Nach Worterteilung durch den Vorsitzenden erläutert Herr Erster Stadtrat Hillgruber die Vorlage. Ziel sei es, den Betroffenen Hilfestellung zu geben beim Wechsel in Regel-Strukturen.

Hiernach besteht Gelegenheit für Fragen.

Diskutiert wird über die Fördermittel sowie die Möglichkeiten der Stadt Neumünster, Integrationsmaßnahmen zu ergreifen.

Im Hinblick auf den Zuzug von Menschen aus der Ukraine wird dargelegt, dass immer noch Menschen nach Neumünster kämen und dass der Betreuungsaufwand anfangs stets sehr hoch sei. Es kämen auch Menschen aus den Umlandgemeinden nach Neumünster, weil die Stadt attraktiv sei. Außerdem folgten ältere Menschen aus der Ukraine ihren Kindern und Enkelkindern in die Stadt. Dies alles bedeute einen hohen Betreuungsaufwand.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

1. Es wird zugestimmt, die Personal- und Sachkosten für drei Vollzeitstellen bei einem freien Träger mit jeweils 39 Wochenstunden vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2027 für die Soziale Betreuung von Neuzugewanderten mit Integrationsbedarf zu bezuschussen. Die Soziale Betreuung umfasst Menschen mit Fluchthintergrund und EU-Zuwanderinnen und -Zwanderer.
2. Es wird zugestimmt, die Personal- und Sachkosten für eine Vollzeitstelle bei einem freien Träger mit 39 Wochenstunden mindestens im Zeitraum vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 und je nach aktueller Entwicklung längstens bis zum 31.12.2024 für die Betreuung Geflüchteter aus der Ukraine zu bezuschussen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 5

Beschluss:

Beschlossen

Endgültig entscheidende Stelle:

Ratsversammlung

13 .	Beiratsumbesetzung: Nachbesetzung Beirat für Menschen mit Behinderung Vorlage: 1137/2018/DS
------	---

Nach Worterteilung durch den Vorsitzenden erläutert Herr Erster Stadtrat Hillgruber kurz die Vorlage und der Vorsitzende lässt abstimmen:

Beschluss:

Anstelle von Frau Helga Meisner wird Frau Angela Wilke als Vertreterin für den Sozialverband Deutschland in den Beirat für Menschen mit Behinderung gewählt.

Beschluss:

Einstimmig beschlossen

Endgültig entscheidende Stelle:

Ratsversammlung

14 .	Mitteilungen
------	--------------

Mitteilungen liegen keine vor.

Sami Inci
(Ausschussvorsitzender)

Gudrun Folchert
(Geschäftsführerin SGA)